



Birgit Butter MdL

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Stv. Ausschussvorsitzende für Inneres und Sport

Wahlkreisbüro Stade
Poststraße 34
21682 Stade
Tel: 04141/ 79 76 4 89

Wahlkreisbüro Buxtehude
Postanschrift:
Harsefelder Straße 71b
21614 Buxtehude

info@birgit-butter.de

30. Januar 2025

PRESSEMITTEILUNG

Verlängerung der Amtszeit von Hauptverwaltungsbeamten stärkt Kommunen – Rot-Grün macht „Rolle rückwärts“

Hannover/Buxtehude. Der Niedersächsische Landtag hat in dieser Plenarwoche wesentliche Änderungen am Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz beschlossen. Kernpunkt der Reform ist die Verlängerung der Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten von fünf auf acht Jahre.

Birgit Butter, kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion begrüßt diesen Schritt in ihrer Plenarrede ausdrücklich:

"Die Rückkehr zur achtjährigen Amtszeit ist eine gute Entscheidung – Rot-Grün macht damit eine Rolle rückwärts und korrigiert ihren Fehler aus 2013. Eine Amtszeit von 8 Jahren macht das Amt attraktiver, sorgt für mehr Beständigkeit und sichert eine kontinuierliche strategische Entwicklung unserer Kommunen. Gerade in Zeiten wachsender Herausforderungen ist es wichtig, erfahrene Führungspersönlichkeiten langfristig zu binden."

Butter kritisiert die frühere Verkürzung der Amtszeit im Jahre 2013 durch die rot-grüne Landesregierung und empfindet diesen als großen Fehler: „Die Verkürzung der Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten war ein Fehltritt von rot-grün. Es ergab sich nicht mehr Demokratie, so wie von rot-grün behauptet.“

Durch die längere Amtszeit werde nicht nur die Bereitschaft zur Übernahme eines solchen Amtes erhöht, sondern auch die finanzielle Belastung durch häufige Wechsel reduziert: weniger Fluktuation heiße weniger Versorgungsansprüche. Zudem ermögliche die Reform eine stabilere Planung und Umsetzung langfristiger kommunaler Projekte.

Neben der Amtszeitverlängerung beinhaltet das verabschiedete Gesetz weitere wichtige Regelungen:

- Kommunale Konzernkredite: Kommunen erhalten dauerhaft die Möglichkeit, Kredite für Investitionen ihrer Unternehmen aufzunehmen.
- Liquiditätskredite für kommunale Unternehmen: Kommunale Unternehmen können

künftig einfacher finanzielle Unterstützung aus dem Kernhaushalt erhalten, um ihre Handlungsfähigkeit zu sichern.

- Bessere Zusammenarbeit bei der Vollstreckung von Rundfunkgebühren:

Gemeinden können diese Aufgabe nun auch an Landkreise übertragen, was zu einer effizienteren Verwaltung beiträgt.

- Flexibilität für Tourismuskommunen: Die Erhebung von Tourismus- und Gästebeiträgen bleibt freiwillig.

Birgit Butter kritisiert jedoch, dass die Landesregierung weiterhin nicht ausreichend auf die finanzielle Notlage vieler Kommunen eingeht: "Das größte Problem unserer Städte und Gemeinden ist ihre prekäre Haushaltslage. Wir brauchen weniger neue Vorgaben und mehr finanzielle Unterstützung, damit die Kommunen ihre Pflichtaufgaben zuverlässig erfüllen können."

Die CDU werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Kommunen die nötigen Mittel erhalten, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, so Butter abschließend.

Buxtehude, 30.01.2025